

---

---

# Landesnachrichten

---

---

aktuell

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 06.10.2009 führte die erweiterte Landesleitung ein Informationsgespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion der FDP Herrn MdL Thomas Hacker und dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn MdL Dr. Andreas Fischer. Es wurden hierbei die Themen „Tarifbereich: befristete Arbeitsverträge, Beförderungsstau im Beamtenbereich, Umsetzung des Sicherheitskonzeptes bei Gerichten und Staatsanwaltschaften mit mehr Stellen im Justizwachmeisterbereich, Zukunftsplanung hinsichtlich Nachwuchsgewinnung im Hinblick auf die demographische Entwicklung mit mehr Anwärtern im mittleren Justizdienst und die Dienstrechtsreform. Ausdrücklich wurde dem Fraktionsvorsitzenden Herrn MdL Hacker und dem stellvertretenden Vorsitzenden Herrn MdL Dr. Andreas Fischer für die Zustimmung der FDP zur Wiedereinführung der 40-Stundenwoche im Beamtenbereich gedankt. Hier bestand bei den Kolleginnen und Kollegen die Sorge, dass das Wahlversprechen der FDP plötzlich hinfällig geworden sei. Im letzten Moment konnte diesbezüglich jedoch eine Einigung erzielt werden. Die Landesleitung und die Vertreter der FDP kamen darin überein, dass der Kontakt weiterhin aufrecht erhalten werden soll.



Von links nach rechts: Landesvorsitzender der BJG Hans-Joachim Freytag, Fraktionsvorsitzender der FDP MdL Thomas Hacker, stv. Fraktionsvorsitzender der FDP MdL Dr. Andreas Fischer und die stv. Landesvorsitzenden der BJG Johann Kieninger und Kurt Lorenz

## **Bittere Pillen im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP**

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP wurden unter IV. (Freiheit und Sicherheit) Nr. 5 (Moderner Staat) Seiten 111/112 u.a. folgende Zielsetzungen vereinbart:

### **Gerichtsvollzieher**

Wir wollen die Effizienz der Zwangsvollstreckung steigern und Gläubigerrechte stärken. Dazu werden wir die Aufgaben der Gerichtsvollzieher auf Beliehene übertragen.

### **Aufgabenübertragung auf Notare**

Als Beitrag zur Effizienzsteigerung und Entlastung der Justiz werden wir eine Übertragung der Aufgaben der Nachlassgerichte erster Instanz auf die Notare durch die Länder ermöglichen.

### **Einrichtung eines zentralen Testamentsregisters**

Mit dem Ziel einer Modernisierung des Mitteilungswesens in Nachlasssachen werden wir die gesetzlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines durch Gebühren finanzierten Zentralen Testamentsregisters bei der Bundesnotarkammer schaffen. Dabei stellen wir sicher, dass den Erfordernissen des Datenschutzes Rechnung getragen wird und Auskunft aus dem Register nur Gerichte oder Notare – diese bei Darlegung eines berechtigten Interesses – erhalten können.

Zur Realisierung dieser Scheußlichkeiten ist Gott sei Dank die Änderung des Grundgesetzes notwendig. Eine 2/3-Mehrheit zur Umsetzung ist derzeit nicht in Sicht.

Die Bayerische Justizministerin hat sich in der vergangenen Zeit bereits vergeblich für die Umsetzung zur Privatisierung der Gerichtsvollzieher und zur Aufgabenübertragung der Nachlassgerichte auf Notare engagiert. Deshalb hoffen wir auf ein Umdenken der Justizministerin in dieser Angelegenheit (wie auch Rückkehr zur 40-Stundenwoche im Beamtenbereich).

Die Aufgabe der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft ist es, den Bürgern vor Auge zu führen, dass ihm durch solche Privatisierungsmaßnahmen wesentlich höhere Gebühren und Kosten entstehen.

## **Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg verabschiedet. Nachfolger/in in Sicht?**

Am 30. Oktober 2009 verabschiedete sich der Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg in den Ruhestand.

Wir wünschen dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Bamberg Herrn Michael Meisenberg alles Gute und vor allen Dingen beste Gesundheit während seines neuen Lebensabschnitts.

Wie er in einem persönlichen Gespräch mitteilte, möchte er sich künftig noch mehr auf sozialer Ebene engagieren und sich der schöngestigen Literatur hingeben.

Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Meisenberg hatte stets ein offenes Ohr für unsere Belange und stand uns stets auf dem kurzen Dienstweg für Gespräche zu Verfügung.

Doch nunmehr steht das Amt vakant. Das Oberlandesgericht Bamberg wird zwar vorübergehend von dem Vizepräsidenten Herrn Dr. Tschanett geleitet, doch ein nahtloser Übergang wie man es bisher gewohnt war scheint dieses Mal nicht gewährleistet zu sein.

Wir hoffen, dass sich der Koalitionsausschuss dieses Mal schneller auf eine Nachfolge einigt, damit wir nicht noch einmal ein solches Trauerspiel wie bei der Ernennung des Generalstaatsanwalts in Bamberg erleben müssen. Politische Spielchen sollten im Bereich der Judikative doch Bitte unterlassen werden.

Wir werden den Gang der Dinge sehr genau beobachten und darüber berichten.

## Tarifverhandlungen zur neuen Entgeltordnung

Am 28. und 29. September 2009 fand die zweite Runde der Verhandlungen zur Neugestaltung des Eingruppierungsrechts mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) statt. Ziel dieser Verhandlungen ist es, die überalterten Eingruppierungsvorschriften des BAT durch eine neue Entgeltordnung zu ersetzen. Die Verhandlungen fanden zunächst im kleinen Sondierungskreis statt. Der Verhandlungsstart ist die Umsetzung der Vereinbarung des Potsdamer Tarifkompromisses vom 1. März 2009. Darin einigten sich dbb tarifunion und TdL auf einen konkreten Verhandlungsfahrplan zur Neugestaltung des Eingruppierungsrechts.

Das derzeitige Eingruppierungsrecht genügt nicht den Anforderungen an einen zukunftsfähigen Öffentlichen Dienst. Viele der in den Vergütungs- und Lohngruppen dargestellten Tätigkeiten sind kaum oder schon nicht mehr im Öffentlichen Dienst vorhanden. Viele Tätigkeiten sind im Lauf der Zeit hinzugekommen bzw. haben sich im Laufe der Zeit derart verändert, dass sie mit den beschriebenen Tätigkeitsmerkmalen kaum noch etwas gemeinsam haben. Die Arbeitgeberseite hat sich in den letzten Jahren stets geweigert, diese Tätigkeitsbeschreibungen entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und Korrekturen dieser Missverhältnisse zu vereinbaren.

## Herangehensweise

Etwa 17.000 Eingruppierungsmerkmale und über 5.000 Entscheidungen allein des Bundesarbeitsgerichts machen die Verhandlungen nicht einfach. Daher wurde vereinbart, sich dem gemeinsamen Ziel der Neugestaltung schrittweise zu nähern. Zunächst sollen veraltete und gegenstandslos gewordenen Tätigkeitsmerkmale bereinigt werden. Nach Abschluss dieser detailreichen Arbeit sollen die Grundlagen

einer neuen Entgeltordnung gebildet und ein so entwickeltes Modell in der Praxis erprobt werden. „Wir fordern ein zügiges Voranschreiten der Verhandlungen, um die tariflichen Bestimmungen endlich an die tatsächlichen Anforderungen anzupassen und so die Neugestaltung des Tarifrechts zu vollenden“ so Helmut Overbeck, Verhandlungsführer und stellvertretender Vorsitzender der **dbb tarifunion** am Rande der Verhandlungen.

## Grundsatzforderungen der dbb tarifunion

- Die neue Entgeltordnung muss an die sich ständig ändernde Arbeitswelt angepasst sein.
- Auf die Vereinheitlichung des allgemeinen Tarifrechts und die Abkehr von der Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten muss ein zukunftsfähiges und einheitliches Eingruppierungsrecht folgen.
- Um Eingruppierungsansprüche für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes auch in Zukunft durchsetzbar zu machen, muss das neue Eingruppierungssystem justiziabel sein.
- Um dem geforderten transparenten und tätigkeitsbezogenen System gerecht zu werden, muss in einem neuen Eingruppierungsrecht für alle Qualifikationsstufen eine komplette Durchlässigkeit bestehen. Beschäftigte, die über die jeweils geforderte Ausbildung nicht verfügen, aber aufgrund entsprechender Fähigkeiten die gleiche oder eine gleichwertige Tätigkeit („Sonstige“) ausüben, müssen denjenigen mit der jeweiligen Ausbildung gleichgestellt werden.
- Die Eingruppierungsregelungen müssen diskriminierungsfrei sein und insbesondere den Anforderungen des Gender-Mainstreaming gerecht werden.

## Sachstand bei Bund und Kommunen

Die bereits gesondert mit Bund und Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) aufgenommenen Verhandlungen zu einer neuen Entgeltordnung zum TVöD sind bislang ergebnislos verlaufen.

Mit kollegialen Grüßen

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender,  
Kurt Lorenz, stv. Landesvorsitzender  
Johann Kieninger, stv. Landesvorsitzender